
16. Infobrief

September 2004

Es gibt uns noch!

Lubmin, liebe Freunde, hat gewählt. Dieses mal aber hatten die Bürger Lubmins eine echte Wahl: mit dem „Frischen Wind Lubmin“ ist eine Gruppierung in die Arena getreten, die der vermeintlich festgewachsenen Gemeindevertretung die Stirn bieten konnte.

Das hat den etablierten Parteien einige Unbequemlichkeit bereitet. Einst genügte es, desinteressierte Kandidaten in Wahllisten einzutragen und abzuwarten, wie die Bürger - dafür hat man sie doch - ihre Stimme ablieferten. Nun hat seit vielen Jahren wieder ein wirklicher Wahlkampf stattgefunden. Wann sahen sich Kandidaten zuletzt befließigt, ihren Bürgern einen Informationsabend anzubieten? Heute haben die Wähler gedruckte Wahlbroschüren in der Hand. Die darin schwarz auf weiß abgegebenen Versprechen sind das Maß, an dem jeder seine Gemeindevertreter in den nächsten Jahren objektiv messen kann.

Das Verdienst dafür gebührt nicht zuletzt der BI „Zukunft Lubminer Heide“, aus deren Reihen viele der FWL-Kandidaten stammen.

Die Kräfteverhältnisse haben sich nun gewandelt. Die Mehrheit der Lubminer hat sich für eine andere Politik unter einem neuen Bürgermeister entschieden: Klaus Kühnemann. Der FWL stellt ferner 5 von 12 Gemeindevertretern, wovon 4 Mitglieder der BI sind. Matthias Lietz kann sich von nun an mit ganzer Kraft seiner hauptberuflichen Tätigkeit in jener Firma auf dem EWN-Gelände widmen, deren Namen er - sooft er im Wahlkampf auch gefragt wurde - niemals preisgeben mochte.

Alles in allem große Veränderungen, denen auch die BI sich anpassen musste. Dr. Klaus Kühnemann und Robert Köhler sind von ihren Vorstandsposten zurückgetreten, damit keine Interessenskonflikte mit ihrer Tätigkeit als Bürgermeister bzw. GV-Mitglied geltend gemacht werden können. Beide haben die BI seit ihrer Gründung ende 1999 bis heute mit sicherer Hand und weitem Blick durch manchmal stürmische Fahrwasser gesteuert. An dieser Stelle soll ihnen unser tiefer Dank für diese Leistung ausgesprochen werden. Aus dem gleichen Grunde haben Martina Hoffman, Karola Züge und Dr. Gerhard Lange ihre Tätigkeit im Beirat niedergelegt. Auch sie sind BI-

Mitglieder der ersten Stunde, und ohne ihren tatkräftigen Einsatz wären wir kaum da, wo wir heute stehen.

Wofür braucht man uns jetzt noch? In der Kommunalwahl wurde viel erreicht, aber der Wald ist noch lange nicht gerettet. Anfang dieses Monats wurden der Flächennutzungsplan und der B-Plan durch die Ministerien für Bau und Wirtschaft genehmigt. Mehr denn je liegt es nun an uns, Druck auszuüben, damit nicht der Küstenwald erschlossen und gerodet wird, während die freien EWN-Flächen noch unbelegt dastehen. Der Zweckverband will unumkehrbare Fakten, und er wird nichts unversucht lassen, diese zu schaffen.

Auch auf anderen Gebieten gibt es noch viel zu tun. Das Seebad voranzubringen ist erklärtes Ziel unserer BI. Das Thema bietet reichlich Platz, uns mit konstruktiven Ideen einzubringen. Dies ist eine Sache, bei der die gesamte Bevölkerung gefordert ist.

Drittens gilt es, den Industriestandort auf dem KKW-Gelände zu revitalisieren. Die Ansiedlung personal- und qualifikationsintensiver Gewerbe auf dem freien Areal wird von uns ausdrücklich begrüßt. Sie entspricht genau unseren satzungsmäßig festgelegten Zielen. Wir müssen weiterhin einfordern, dass in diesem Bereich Arbeitsplätze entstehen, nicht weiträumige Maschinenparks, die nach Ablauf der üblichen Sperrfristen zum nächsten Subventionstopf weiterziehen.

Ja, die Arbeit für uns ist nicht weniger geworden. Die BI hat angefangen sich dafür neu aufzustellen. Am 26. Juli wurde in der Mitgliederversammlung ein neuer Vorstand gewählt. Den Vorstandsvorsitz hat nun Dr. Michael Drevlak inne, als Stellvertreterin fungiert Christiane Fischer. Beide engagieren sich in der BI seit ihren Gründungstagen. Als Kassenwart wurde Frau Bärbel Rahn in ihrem Amt bestätigt.

Noch eine Sache gibt es, die sich geändert hat: die Spielregeln. Zeitgleich mit der neuen GV haben wir auch eine geänderte Gemeindevorsatzung erhalten, bei der Einflussmöglichkeiten und Mitspracherechte des Bürgers stärker betont werden. Der öffentliche Teil der Gemeindeversammlung ist die Gelegenheit für jeden Bürger, „sei-

nen“Politikern die Meinung zu sagen. Es liegt an jedem einzelnen von uns, diese Gelegenheit zu nutzen und so

den Kurs Lubmins für die nächsten Jahre mit zu bestimmen. Dieser INFO-Brief soll dabei eine Hilfe sein.

BI zieht Klagen gegen die Gemeinde zurück

Wichtige Entscheidungen in einer Gemeinde können statt durch Beschluß der Gemeindevertretung durch die Bürger in einem Bürgerentscheid getroffen werden (§ 20 KV M-V).

Zu zwei derart wichtigen Entscheidungen hat die Bürgerinitiative in den vergangenen vier Jahren Bürgerbegehren durchgeführt, um den Küstenwald vor den Rodungsplänen des B-Plan-Verfahrens und die Gemeinde Lubmin vor unberechenbaren Risiken aus der Beteiligung am Bau und dem späteren Betrieb des Hafens zu bewahren.

Trotz der überwältigenden Beteiligung der Lubminer Wähler an beiden Bürgerbegehren lehnte die damalige Gemeindevertretung die Mitbestimmung der Bevölkerung an diesen wichtigen Fragen rundweg ab, so daß zu beiden Verfahren Verwaltungsklagen eingereicht wurden. Während die erste Klage bezüglich der Waldrettung seit dem Jahre 2001 beim VwG noch immer schmort und zwischenzeitlich der B-Plan genehmigt wurde, wonach eine Waldrodung nicht verhindert werden kann, wurde der BI in der zweiten Sache im Juni 2002 Recht gegeben. Da die Gemeinde gegen dieses Urteil in Revision ging, steht auch hier seit langem ein endgültiges Urteil aus.

Mit den Kommunalwahlen im Juni hat sich die politi-

sche Situation im Gemeinderat bekanntlich grundlegend geändert. Der Bürgermeister und mehrere Gemeindevertreter haben nun die Möglichkeit, direkt Einfluß darauf zu nehmen, wie die Interessen der Gemeinde bei den Planungen der beiden Zweckverbände gewahrt werden können. Nun müssen die Pläne, die geheimgehaltenen Verträge, die Wünsche und Forderungen der Investoren zur Einsicht und Diskussion zugänglich gemacht werden.

Wie das Noch-Mitglied in den Zweckverbänden, Herr Lietz, auf der vergangenen GV-Sitzung mitteilte, sperrt sich der Zweckverband, die beiden in die Zweckverbände entsandten BI-Mitglieder zu akzeptieren, da ja das Gerichtsverfahren noch läuft. Diese angebliche Hürde kann nun ganz schnell aus dem Weg geräumt werden, indem wir die Klagen zurückziehen. Ein durchzuführendes Bürgerbegehren konnte nichts anderes mehr erreichen, als die letzten Wahlen. Die Verhandlungen mit der Gegenseite wurden diesbezüglich bereits aufgenommen, um auch keine weiteren Kosten zu verursachen. Wir wollen dem Zweckverband kein Argument mehr liefern, weiter zu blockieren und zu vertuschen und die neue Gemeindevertretung auszugrenzen, wenn Fremde über die Hoheit der Gemeinde Lubmin entscheiden.



Abholzung der Lubminer Heide kann beginnen!

Am 4. August hat das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung den Bebauungsplan für das geplante Industriegebiet Lubminer Heide genehmigt. Damit ist der Startschuß für eine in diesem Umfang unnötige Zerstörung unserer Umwelt gefallen. Die Erklärung, dass der Wald erst angegriffen werde, „wenn dies aus der

jeweiligen konkreten Nutzung heraus erforderlich wird“ muß nach den bisherigen Erfahrungen sehr skeptisch betrachtet werden.

Schnell haben die EWN eine Liste mit Investoren für den Kauf von ca 50 ha Fläche zur Hand und weil das nicht ausreicht, um die geplanten 120 ha zu begründen, werden

den einzelnen Interessenten noch Optionen auf weitere 40 ha zugeschrieben, davon 2,5 ha an der westlichen Grenze der B-Plan-Gebietes, und schon ist die gesamte Fläche überplant und die Sägen können angesetzt werden.

Für die hier zur Debatte stehenden 90 ha reicht der Platz auf dem KKW-Gelände aus! Eine Rodung des Waldes ist somit nicht nötig!

Noch im Juli 2004 hatte Staatssekretär Dr. Sühl im Nordkurier - Anklamer-Zeitung vom 15.07. erklärt: „Aber wir müssen darauf dringen, dass mit dem wertvollen Gut Fläche nicht geaast wird“ und dabei festgestellt: „An den Standorten Vierow und Ladebow gibt es eine ganze Menge freier Flächen“ und es gäbe die Überlegung, „als Kompromissvariante vielleicht nicht die ganzen 120 Hektar auf einmal für Ansiedlungen zur Verfügung zu stellen.“ - eine Variante, die sowohl den bisherigen noch unverbindlichen Kaufinteressen entspricht und auch von unserer BI unterstützt wird.

Die Landesregierung, die EWN und der Zweckverband haben sich jedoch über die Meinung ihrer eigenen Fachleute und über die Sorgen und Bedenken der Lubminer Bürger stur hinweggesetzt und den B-Plan ohne Notwendigkeit im vollen Umfang bestätigt.

Durch die Ausweitung nach Westen rückt das B-Plangebiet bis auf 500 m an die Ortsgrenze von Lubmin heran. Besonders betroffen sind dadurch die östlichen Ortsbereiche. Vernichtet werden 48,5 ha Wald und 4 ha trockenes Offenland. Weitere 16,4 ha Wald werden durch den Anschnitt beeinträchtigt, davon vor allem der 200 m Schutzstreifen zwischen Industriegebiet und Strand. Den geplanten Gaskraftwerken, der Gasleitung und der Gasübergabestation der Leitung durch die Ostsee fallen weitere 20 ha Wald zum Opfer.

Zu den Auswirkungen auf Lubmin und seine Einwohner nun einige Zitate aus dem B-Plan.

Seite 46 - „Durch die Flächenfestsetzung des B-Planes und die Umwandlung im Zuge einer industriell-gewerblichen Nutzung werden nicht ausgleichbare Beeinträchtigungen von Natur- und Landschaft hervorgerufen. Folgende mögliche Auswirkungen des B-planes auf die Wohn- und Wohnumfeldfunktion können ... auftreten: Geruchsbelästigung, Schadstoffimmission über den Luftpfad, Zunahme der Lärm- und Schadstoffbelästigung über den Luftpfad.“

Seite 47 - „Im Rahmen der Flächenausweisung des B-Plangebietes werden auch zur Erholung genutzte Flächen und mit Reit- und Wanderwegen ausgestattete Waldbereiche der Lubminer Heide überplant, die eine hohe Bedeutung und Empfindlichkeit aus der Sicht der Freizeit- und

Erholungsfunktion haben. ... wobei auch der Erholungswert der angrenzenden ... Freiräume herabgesetzt wird. Der Freiraum zwischen Ortslage Lubmin und den industriell genutzten Flächen wird insgesamt deutlich verringert.

Die Auswirkungen des B-Planes werden insbesondere durch ... ständig zu erwartende betriebsbedingte Lärmbelastung verursacht“

Seite 56 - „Es ist möglich, dass ... Schadstoffe in Gewässer ... eingetragen werden. Als besonders empfindlich gegenüber Schadstoffeintrag und erwärmter Abwässer muß dabei der Greifswalder Bodden eingestuft werden.“

Seite 57- „Mit einer negativen Entwicklung der lufthygienischen und schalltechnischen Situation entlang der Verkehrswege ist zu rechnen.

Funktionen von Klima und Luft sind durch den Verlust klimameliorativer Waldbestände betroffen. Darüber hinaus wirken großflächige Versiegelungen negativ auf die örtlichen klimatischen Verhältnisse.“

Seite 65- „Trotz der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung/Minderung sowie Ausgleich/Ersatz verbleiben z.T. erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft. Diese verbleibenden Negativwirkungen auf die Umwelt werden im Interesse der mit dem Vorhaben verfolgten Ziele der Arbeitsplatzansiedlung im Rahmen des B-Plan ... *hingenommen*.“ (Hervorhebung durch BI)

Um es noch einmal deutlich zu sagen, - die obigen Zeilen stammen nicht aus der Feder der Bürgerinitiative. Sie sind wörtlich dem Umweltbericht des B-Planes entnommen und charakterisieren besser als wir es könnten die erheblichen Auswirkungen nicht nur auf Natur und Landschaft, sondern auch auf Einwohner und Tourismus in Lubmin.

Und genauso deutlich wollen wir hier auch noch einmal sagen, daß auch wir Arbeitsplatzansiedlungen auf dem Gelände des ehemaligen KKW unterstützen.

Wir sind jedoch der Meinung, dass die Negativwirkungen zu leicht und ohne ausreichende Abwägung von alternativen Lösungen mit dem gleichen Effekt „*hingenommen*“ werden und fordern vom Zweckverband Lubminer Heide, sich nicht dem Druck der EWN zu beugen und ihren Beschluß entsprechend den Vorschlägen von Staatssekretär Dr. Sühl und dem Amt für Raumordnung Greifswald zu revidieren.

Was ist zu tun? Die alte Planung hatte eine große Fläche für ITER vorgehalten. Heute ist klar, dass ITER niemals kommen wird. Wenn diese Fläche in den B-Plan aufgenommen würde, könnte der Wald verschont bleiben!

Die Parteien stehen im Wort

Der FWL hat in der neuen GV mit 5 von 12 Sitzen keine absolute Mehrheit erobern können. Trotzdem spiegelt sich im Wahlergebnis eine Mehrheit für den Erhalt des

Waldes wieder. Es sind nämlich noch andere progressive Kräfte in der neuen GV vertreten. So lesen wir, auszugsweise, im Wahlprogramm der SPD:

- Ansiedlung von Unternehmen auf freier Fläche des EWN-Geländes.
- Den Tourismus fördern, Bewahrung des Waldes vor Abholzung.
- Die Interessen Lubmins müssen besser vertreten werden - auch gegen den Kreis, Zweckverbände und Konzerne.

Wir könnten diese Auflistung noch etwas weiter führen, möchten aber lieber von einer lustigen Anekdote berichten. So soll in der SPD geäußert worden sein, das FWL-Programm sei von ihr abgeschrieben. Indessen hiess es von FWL: "Nein! Wir waren zuerst!" Sie, liebe INFO-Brief-Leser, wissen es natürlich besser.

Alle beide haben bei der BI abgeschrieben!

Da wir nicht in der Schule sind sagen wir: dieses Programm, Herr Tornow, ist ein gelungener Ansatz zur Vertretung der Interessen Lubmins. Die BI wird Ihnen bei der Umsetzung dieser Agenda mit Wort und Tat zur Seite stehen!

Etwas unübersichtlicher ist die Lage bei der PDS, die hat nämlich kein Wahlprogramm ausgeteilt. Im Programm der Bundespartei lesen wir immerhin:

Wirkliche Vergesellschaftung hat demokratische Entscheidungsprozesse zur Voraussetzung. Strategische Entscheidungen über die Richtungen und Normen der sozialen, wissenschaftlich- technischen, ökologischen und kulturellen Entwicklung bedürfen der bewussten und demokratischen Gestaltung ebenso wie der Mitbestimmung von Produzenten, Verbrauchern, Kommunen und gesellschaftlichen Bewegungen.

Oder später:

... müssen die Entscheidungen über die Wirtschaftspolitik unter wirksamer Beteiligung der demokratischen Öffentlichkeit stattfinden. Autonome Bürgerprojekte, Basisinitiativen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen sowie Wissenschaftsgremien sind gefordert, Alternativen zu entwickeln und für ihre Durchsetzung zu kämpfen.

und hier:

Die PDS fordert für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere Zivilgesellschaftliche Kräfte demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte in ökologischen Fragen.

Könnte es das Schicksal unserer Lubminer Heide gewesen sein, das der Verfasser beim Ringen um jene mächtigen Worte vor Augen hatte? Wir werden es vielleicht schon bald erfahren. Die BI ist bereit, sich in der vorgeschlagenen Art und Weise einzubringen.

Der Ball liegt bei den Bürgern genauso wie bei ihren Gemeindevertretern. Manch einer jammert, wie "die da oben" sowieso "machen was sie wollen". Das schnell vergessene Wahlversprechen ist schon so sprichwörtlich, dass die meisten sich gar nicht mehr darum scheren. Viele wollen mit Politik rundweg nichts zu tun haben, ärgern sich aber, wenn die Dinge nicht in ihrem Sinne entschieden werden. Das muss nicht so sein! Ein jeder hat das Recht und die Möglichkeit, sich einzumischen. Man muss sich dafür nicht wählen lassen und in irgendwelchen Gremien sitzen. Unsere Politiker haben Augen und Ohren, und es liegt an jedem selbst, die Erfüllung gemachter Wahlzusagen einzufordern.

Wer heute den Kopf in den Sand steckt, wird morgen mit den Zähnen knirschen.

Mitteilung zur Beitragskassierung 2004

Liebe BI-Mitglieder, das Jahr 2004 hatte wegen der Wahlen seine Besonderheiten, auch bezüglich der Fälligkeit des Mitgliedsbeitrages. Letzter Stichtag zur Bezahlung ist gewöhnlich der 31. März des laufenden Jahres.

In diesem Jahr geben wir allen, die auf Grund der besonderen Umstände noch nicht gezahlt haben, jedoch weiterhin Mitglied der BI bleiben wollen, die Möglichkeit, ihren Beitrag noch bis 31. Oktober 2004 zu entrichten. Wer bis dahin nicht bezahlt hat, bzw. sich diesbezüglich nicht mit dem BI-Vorstand in Verbindung gesetzt hat, muss leider

automatisch von unserer Mitgliederliste gestrichen werden. Die BI möchte ihre Mitglieder nicht verlieren, aber der Kassenwart muss bezüglich der Finanzen auf die Einhaltung der Statuten achten - und dazu gehört das termingerechte Kassieren der Mitgliedsbeiträge. Sicher haben Sie dafür Verständnis.

Im Jahr 2004 reicht die Frist zur termingerechten Beitragszahlung bis zum 31. Oktober. Bankverbindung: Volksbank Greifswald, BLZ 130 610 28, Konto Nr. 821 28 56

BI „Zukunft Lubminer Heide“ e.V, c/o Fritz-Reuter-Weg 15, 17509 Lubmin

Vorsitzender: Dr. Michael Drevlak, stellv. Vorsitzende: Christiane Fischer, Kassenwart: Bärbel Rahn

Telefon: 03 83 54 / 22911, Email: vorstand@lubminer-heide.de
